

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**In der Krise wirksam helfen: Energie- und Wassersperren vermeiden, den Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“ ausschöpfen und ausweiten**

Seit 2021 wird im Land Bremen neben dem Runden Tisch „Energie- und Wassersperren im Land Bremen vermeiden“ ein weiteres Instrument angeboten, um Privatpersonen, die der Zahlung ihrer Strom-, Wasser- und Gasrechnungen nicht nachkommen können, zu unterstützen: der Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“. Dieser ist mit einem Volumen von 250.000 € im Haushalt unterlegt worden. Somit können private Haushalte, die ein Sperrandrohung ihrer Energie- oder Wasserversorgung erhalten haben, in einem zweistufigen Verfahren unterstützt werden. Nach einer Sperrandrohung wird zunächst über den „Runde Tisch Energie- und Wassersperren im Land Bremen vermeiden“ ein Prozess in Gang gesetzt, bei dem mögliche Übernahmen bzw. Darlehen durch die Leistungsträger geprüft werden. Sollte sich hieraus keine Möglichkeit der Bewältigung der Energieschulden ergeben, kann bei Erfüllung bestimmter Kriterien ein Antrag auf einmalige Übernahme der Schulden aus dem Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“ in Verbindung mit einer Beratung durch die Verbraucherzentrale Bremen erfolgen.

Laut dem ersten Erfahrungsbericht zur Umsetzung des Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“ in der Staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 2. Juni 2022 belief sich das Antragsaufkommen seit 01.01.2021 auf 14 Anträge, wovon zehn Anträge im Jahr 2021 gestellt wurden (Bremerhaven: 1, Bremen: 9). In nur sechs Fällen wurde eine Leistung aus dem Fonds erbracht, in zwei Fällen kam es zu einer Ablehnung, etwa, weil die Antragsteller\*innen als EU-Bürger\*innen keine Leistungsansprüche hatten. In den übrigen Fällen konnte im Rahmen des Härtefallmanagements aus dem Prozess des Runden Tisches „Energie- und Wassersperren im Land Bremen vermeiden“ eine Lösung zugunsten der Betroffenen gefunden werden. Die weiteren vier der 14 Anträge, die zwischen dem 1.1.2021 und dem 1.6.2022 an den Härtefallfonds gestellt wurden, kamen im Zeitraum vom 01.01.2022 bis 17.05.2022 aus Bremerhaven.

Auch wenn von allen Sperrandrohungen im Jahr 2021 77 Prozent nicht umgesetzt wurden, weil es zu individuellen Lösungen oder zur Unterstützung aus dem Runden-Tisch-Prozess beziehungsweise dem Härtefallfonds kam, wurden doch in 2804 Fällen die Sperrandrohungen umgesetzt. Für private Haushalte führt das zu einer starken Einschränkung ihrer Lebensbedingungen und kann in bestimmten Fällen zu einer Unbewohnbarkeit der Wohnung führen. Insbesondere für Familien mit kleinen Kindern, psychisch oder physisch kranken, älteren oder pflegebedürftigen Haushaltsmitgliedern ist diese Situation kaum zu bewältigen. Ganz allgemein drohen durch die Energie- und Wassersperren noch anderweitige Gefahren z.B. der Sicherheit der Wohnung, gesundheitliche Beeinträchtigungen, weitere Verschuldung etc.

Angesichts der gegenwärtigen Krisen, die mit der Corona-Pandemie ihren Anfang und mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der Folgenden Preissteigerungen ihren Fortgang hatten, geraten immer mehr Menschen unter wirtschaftlichen Druck. Die massive Steigerung der Lebenshaltungskosten, vor allem in den Bereichen Energie und Lebensmitteln, treffen einkommensarme oder leistungsbeziehende Haushalte überdurchschnittlich stark.

Maßnahmen wie das dritte Entlastungspaket des Bundes mildern viele Härten ab und auch das Land Bremen wird aktiv: In der „Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen“ legt der Senat dar, dass für eine Bewältigung der multiplen Krisenlage aus Klimakrise und den Folgen des Ukrainekrieges im Energiebereich das Land Bremen die Hilfelücken der Bundesmaßnahmen schließen wird. Für die Bewältigung der Herausforderungen, die ihre Ursache in den Kriegsfolgen haben, ist die Bereitstellung von 500 Mio. Euro zur Abmilderung der Krisenfolgen vorgesehen. Die Koalitionsfraktionen haben zudem in ihrem Antrag „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ (Drs. 20/1581) bereits Maßnahmen zur Abmilderung der Krisenfolgen definiert.

Es ist zu erwarten, dass gerade im Winter 2022/23 die Anzahl der Energiesperrandrohungen und der umgesetzten Sperren deutlich zunehmen wird. Der Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“ muss daher nicht nur vom finanziellen Volumen im Haushalt deutlich ausgeweitet werden, vor allem muss überprüft und gewährleistet sein, dass wesentlich mehr als Sperren verhindert werden – entweder im Vorfeld oder durch den Härtefallfonds. Energiesperren aufgrund steigender Preise sind nicht hinnehmbar.

Gleichermaßen inakzeptabel sind Energie- und Wassersperren bei privaten Mieter\*innen, die zwar ihre Nebenkostenvorauszahlungen geleistet haben, deren Vermieter\*innen aber Vertragspartner der Versorgungsverträge sind und die Vorauszahlungen nicht an den Versorger weitergegeben haben. Hier müssen die Informationsabläufe an die staatlichen Aufsichtsbehörden gewährleistet werden, um Sperren möglichst im Vorfeld zu verhindern oder rasche behördliche Intervention zu ermöglichen.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Sich auf Bundesebene weiterhin für ein Moratorium für Energie- und Wassersperren für Privathaushalte in den Wintermonaten einzusetzen;
2. das Finanzvolumen des Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“ um 500.000 Euro aufzustocken
3. das Konzept zur Ausgestaltung des Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“ zu überarbeiten mit dem Ziel, den Personenkreis, welcher den Härtefallfonds in Anspruch nehmen kann, auszuweiten auf nicht-leistungsberechtigte Haushalte mit niedrigem Haushaltseinkommen, die durch Preissteigerungen in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind sowie EU-Bürger\*innen

4. aufsuchende Elemente in den Zappenduster-Prozess einzufügen, welche sicherstellen, dass Personen mit einem hohen Grad an sozialer Isolation, ggf. mehrsprachig, erreicht werden
5. die Verzahnung zwischen den Energieversorgern, dem „Rundem Tisch Energie- und Wassersperren im Land Bremen vermeiden“, dem Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“, der Verbraucherzentrale Bremen; dem Jobcenter, dem Amt für Soziale Dienste, den Sozialberatungsstellen sowie der Schuldner\*innenberatung im Zappenduster-Prozess sowie bei der Beantragung von Mitteln aus dem Härtefallfonds bei der Beantragung von Zahlungsübernahmen zu überprüfen und zu verbessern;
6. Bei privaten Mieter\*innen, die von Energie- und Wassersperren bedroht sind, weil ihre Vermieter\*innen die Nebenkostenvorauszahlungen ihrer Mieter\*innen nicht an die Energieversorger weitergeleitet haben,
  - a. Sich dafür einzusetzen, dass die Versorger großzügige Sperrstundungsfristen anwenden;
  - b. Die Versorger zu verpflichten, die Wohnungsaufsicht über die Sperrandrohung und Sperrankündigung zu informieren
  - c. Bei durch die Mieter\*innen unverschuldeten Sperren spätestens binnen zwei Tagen die Beeinträchtigung des Gebrauchs zu Wohnzwecken festzustellen und die Instrumente des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Form von Anordnungen, Unbewohnbarkeitserklärung und Bereitstellung von Ersatzwohnraum auf Kosten der\*des Verfügungsberechtigten anzuwenden oder den Wohnraum ggf. unter Zwangsverwaltung zu stellen;
7. Über die Umsetzung binnen zwei Monaten in der staatlichen bzw. städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration zu berichten.

Sofia Leonidakis, Ralf Schumann, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE